Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 339. Montag den 5. December 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das Verzeichniß der bei der bevorstehenden Ergänzungswahl der Herren Stadtverordneten wahlberechtigten Bürger erleidet nachstehende Veränderungen.
Es ist nämlich nachzutragen:

Zu I. Ansässige:

Laufende Nummer.	Vor- und Zuname.	Stand und Gewerbe.	Nummer im Brd.-Cat.	Jahr u. Tag d. Besitzeintrags.	Bemerkungen. Wohnung.
20 b.	**Bergmann**, Emil Oscar.	Privatmann.	327 c B	23. Aug. 1880.	Härtelstr. 5.

Zu II. Unansässige.

Laufende Nummer.	Vor- und Zuname.	Stand und Gewerbe.	Wohnung.	Bemerkungen.
2517 b.	**Biesenthal**, Moritz.	Kaufmann.	Windmühlenstr. 8.	
2612 b.	**Böhme**, Julius Bernhard.	Schlosser.	Kunst. Steinweg 8/9.	
2648 b.	**Born**, Leopold Friedrich.	Kaufmann.	Frankfurterstr. 29 c.	
3786 b.	**Gast**, Adam.	Schuhmacher.	Kohlenstr. 11.	
3915 b.	**Gläsel**, Emil Oscar.	Diätar b. d. Kgl. Kreishauptmannsch.	Tändchenweg 11.	
4144 b.	**Großkopp**, Karl Adolf Gottfried.	Geschäftsführer.	Antonstr. 10.	
5802 b.	**Kroll**, Friedrich Carl.	Posthalter.	Kurze Str. 8.	
6056 b.	**Kuttner**, Johann Emil.	Klempner.	Seb. Bachstr. 50.	
8302 b.	**Schreiber**, Ernst Moritz.	Tischlermeister.	Berliner Str. 108.	
8869 b.	**Schuster**, Moritz Gustav.	Beamter i. Handelsinstit. Vorsicht.	Kunst. Steinweg 7b.	
8940 b.	**Terfloth**, Louis Friedrich Gustav.	Lehrer.	Davidstr. 7.	
9031 b.	* **Teubert**, Friedrich Adolf.	Schutzmann.	Südstr. 2a.	
9292 b.	**Tröbe**, Wilhelm Richard.	Schneider.	Blumengasse 14.	
9417 b.	**Teichler**, Friedrich Edgar.	priv. Gutsbesitzer.	Promenadenstr. 5.	
9650 b.	**Uhle**, Heinr. Fried. August Theodor.	Redacteur.	Leibnizstr. 8.	
9686 b.	**Vall**, William.	Generalagent.	Alexanderstr. 19.	
9774 b.	**Voigt**, Johannes.	Dr. phil. und Oberlehrer.	Carolastr. 5.	
10168 b.	**Wendel**, Johannes August.	Dr. phil. u. Gymnasialoberlehrer.	Braustr. 12.	
10212 b.	**Winkler**, Carl Ernst.	Tischlermeister.	Gerberstr. 19.	
10315 b.	**Wönig**, Wilhelm Franz.	Lehrer.	Kohlenstr. 5.	

Ferner sind in letzterer Abtheilung zu berichtigen:

Nr. 3460 muß es heißen: „Inhaber der Firma Joseph Finkelstein & Comp.", statt „Procurist".
- 3789 muß es heißen: „Händler mit **Schuhmacher-Werkzeugen**", statt „Händler mit Schuhmacher-Waaren".
- 3853 muß es heißen: **„Gentzsch, Albert, Dr. jur. und Rechtsanwalt, Plagwitzerstr. 8".**
- 3854 muß es heißen: **„George, Carl Ferdinand, Schuhmacher,** Gerberstr. 13.
- 3856 muß es heißen: **„Georgi,** Johann Christian Louis, Corsetfabrikant, Marke 9".

Leipzig, am 3. December 1881.

Nr. 4723 muß es heißen: ⊙ statt ●.
- 4900 muß es heißen: **„Hofmann"** statt „Hofmann".
- 5466 muß es heißen: ⊙ statt ●.
- 5665 muß es heißen: „Formenschneider" statt „Maler u. Lackirer".
- 5976 muß es heißen: „Schleifermeister" statt „Feuerwehrmann" und ist der ● zu streichen.
- 6960 muß es heißen: **„Weststraße 86"** statt „78".
- 7773 muß es heißen: **„Reiß"** statt „Reis".

Dagegen ist in derselben Abtheilung zu streichen:
- 7468 **Pfuck,** Robert Antreffind, Tischler, Antonstr. 14.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Ullmann.

Geschäftslocal-Vermiethung.

In der **1. Etage** des der Stadtgemeinde gehörigen Hauses **Sellier's Hof** sollen die zeither von Herrn Kaufmann Emil Hedler innegehabten, aus **einem Vorsaal, 2 zweifenstrigen Stuben** nach der Reichsstraße heraus und **einer Kammer** bestehenden **Geschäftslocalitäten vom 1. April 1882 an** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegen genommen, auch können daselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium der zu vermiethenden Localitäten eingesehen werden.

Leipzig, am 28. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi Stzß.

Nicolaigymnasium.

Anmeldungen für Ostern 1882 wird der Unterzeichnete am **5., 6., 8. und 9. December** von 12—1 Uhr in seinem Dienstzimmer (Schulgebäude, pt.) entgegennehmen. Wünschenswerth ist, daß gleich bei der Anmeldung **die letzte Schulcensur, der Tauf- (Geburts-) und Impfschein** beigebracht werden. Die Classen Quinta und Quarta werden voraussichtlich Ostern 1882 durch die vorhandenen Bestände so gefüllt werden, daß es zweifelhaft ist, ob Aufnahmen in dieselben werden stattfinden können. Für den Eintritt in die unterste Classe haben sich bei den Aufnahmeprüfungen diejenigen Knaben zumeist als ausreichend reif erwiesen, welche die 5. Classe einer hiesigen Bürgerschule mit gutem Erfolg absolvirt hatten.

Leipzig, den 1. December 1881. Dr. Th. Vogel.

Bekanntmachung.

Behufs unserer Bekanntmachung vom 23. November a. c. findet die Wahl von 6 Kirchenvorstandsmitgliedern

Dienstag, den 6. December c.,

statt.

Die Abgabe der Stimmzettel hat am genannten Tage von 9 Uhr früh bis Nachmittag 5 Uhr in der Sacristei der Petrikirche persönlich zu erfolgen.

Leipzig, den 3. December 1881.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Fricke.

Revision des statistischen Waarenverzeichnisses.

Auf unseren Antrag hat der Bleibende Ausschuß des Deutschen Handelstages beschlossen, auf eine Revision des statistischen Waarenverzeichnisses hinzuwirken. Es wird dabei zugleich die Frage in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht den hervorgetretenen Uebelständen am einfachsten durch Erstreckung der **Declarationspflicht** auf den **Werth** der ein- und ausgeführten Waaren abzuhelfen sein möchte.

Diejenigen Handel- und Gewerbetreibenden, welche Wünsche in Bezug auf Abänderung des statistischen Waarenverzeichnisses geltend zu machen haben, werden ersucht, dieselben

bis zum 15. d. M.

schriftlich an unser Bureau, Neumarkt 19, I., gelangen zu lassen.

Leipzig, den 3. December 1881.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Gemäß unserer Bekanntmachung vom 23. November a. c. findet die Wahl von 6 Kirchenvorstandsmitgliedern

Dienstag, den 6. December c.,

statt.

Die Abgabe der Stimmzettel hat am genannten Tage von 9 Uhr früh bis Nachmittag 5 Uhr in der Sacristei der Peterskirche persönlich zu erfolgen.

Leipzig, den 3. December 1881.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Fricke.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 5. December.

Von fortschrittlicher Seite soll durch einen Antrag auf Reform und Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes und einige andere Anregungen die Initiative in der Arbeiterfrage ergriffen werden. Der Versuch ist auf alle Fälle dankenswerth und wird die verdiente Beachtung finden. Es werden damit den socialreformatorischen Vorschlägen des Reichskanzlers anstatt der negirenden Opposition positive Gegenvorschläge entgegengesetzt. Ob auf dem Wege der Reform des Haftpflichtgesetzes dasselbe geleistet werden kann, um den Arbeitern die Folgen von Unfällen minder empfindlich zu machen, was der Reichskanzler auf dem Wege des Versicherungszwangs zu erreichen strebte, wollen wir heute nicht zu entscheiden suchen; es ist in der vorigen Reichstagssession mit guten Gründen bestritten worden. Indessen wir warten ab, wie die Vorschläge auf Reform des Haftpflichtgesetzes beschaffen sein werden. Das positive Vorgehen der Fortschrittspartei in der Arbeiterfrage ist indirect eine Folge der Anregungen des Reichskanzlers, und so sind die letzteren auf alle Fälle nicht ohne gute Wirkung geblieben. In irgend einer Form wird die Frage einer erhöhten Sicherheit gegen die Folgen von Unfällen, nachdem sie einmal in Fluß gekommen, ohne Zweifel auch ihrer Lösung entgegengeführt werden. Man sollte diese Angelegenheit dem gewöhnlichen politischen und Parteikampf möglichst entziehen. Die Frage, wie man Arbeiter am zweckmäßigsten gegen Unfälle schützt oder im Falle von solchen entschädigt, ist an sich keine politische Frage und keine Frage, die im Parteiinteresse aufgebauscht werden sollte. Das Ziel ist allen Parteien gemeinsam und darum wird man sich auch über die Mittel und Wege zu verständigen vermögen. Haben alle Parteien den ernsten Willen, ohne alle Hintergedanken und Nebenabsichten nur die humanen Zwecke dieser Anregung zu fördern, so wird es auch keiner gelingen, sich als die specifische Beschützerin des Arbeiterwohls darzustellen und auf diese Weise die Arbeiterfrage im Parteiinteresse zu verwerthen.

Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage: „Die liberalen Fractionen haben während der bisherigen Verhandlungen des Reichstags eine erfreuliche Einmüthigkeit des Auftretens bekundet. Sie erfüllen damit ein unverkennbares Gebot der gegenwärtigen Lage. Wie scharf auch die liberalen Parteien im Wahlkampfe hie und da gegen einander zu Felde gezogen sind, nachdem die Entscheidung einmal gefallen war, konnte über die Nothwendigkeit eines treuen Zusammenhaltens in der Vertheidigung unserer bestehenden Staats- und Rechtsordnung von vornherein kein Zweifel sein. Die Vorgänge seit Eröffnung des Reichstags haben diese Nothwendigkeit nur noch deutlicher gemacht. Einerseits hat sich die Gefahr für unsere werthvollsten Errungenschaften klarer als je herausgestellt, andererseits ist lebhafter als je die Ueberzeugung durchgedrungen, daß in der Vertheidigung kein Fehler gemacht werden darf. Aus solcher Erkenntniß hat sich naturgemäß das Bedürfniß ergeben, daß vor den wichtigeren Entscheidungen des Reichstages eine Verständigung unter den liberalen Fractionen versucht werde. Wenn jetzt in der Presse mehrfach von einem „künftigen Organ" die Rede gewesen ist, welches die Einigkeit der drei liberalen Fractionen zu verkörpern bestimmt sei, so dürften derartige Nachrichten zum Mindesten verfrüht sein. In der nationalliberalen Fraction wenigstens ist nach unseren Erkundigungen ein diesbezüglicher Beschluß noch nicht gefaßt. Unserer Auffassung nach würde sich auch für ein solches ständiges Organ, für eine „dauernde Delegation" gar kein zwingender Grund erdichten lassen. Ueber Fragen der allgemeinen Taktik kann jederzeit zwischen den Vorständen der drei Fractionen verhandelt werden; für specielle Angelegenheiten aber, bestimmte Gesetzentwürfe, Initiativanträge u. dergl. dürfte es sich empfehlen, Delegirte ad hoc, d. h. im betreffenden Falle besonders sachverständige Männer der verschiedenen Fractionen zu entsenden."

Die Budgetcommission nahm am Sonnabend die vorbehaltene nochmalige Berathung des neulich gefaßten Beschlusses vor, den dem Capitel „Geldverpflegung der Truppen" 800,000 Mk. abzusetzen. Der preußische Kriegsminister erinnerte daran, daß die Präsenzstärke der Armee durch Gesetz festgelegt sei und deshalb eine derartige Ersparniß unmöglich bewerkstelligt werden könne. Wolle man eine solche durchaus durchsetzen, so würde sie nur bei der Position für die Ersatzreservisten, deren Zahl nicht gesetzlich feststehe, vorgenommen werden können. Demgemäß wurde dann beschlossen, an dieser Stelle 620,000 Mk., vertheilt auf die drei Etats von Preußen, Sachsen und Württemberg, abzusetzen. Die bereits im vorigen Jahre abgelehnte Forderung für Verlegung einer Abtheilung eines Feldartillerieregiments von Mülln nach Schwerin wurde auch am Sonnabend nicht genehmigt. Zur Errichtung von Traindepots für das Gardecorps und das 3. Armeecorps in Berlin wurden als erste Raten im Ganzen 795,000 Mk. gefordert. Es wurde beschlossen, den Zusatz „in Berlin" zu streichen, im Uebrigen das Bedürfniß anerkannt, jedoch zunächst nur 60,000 Mk. zum Zwecke der Projectbearbeitung bewilligt.

Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß im Reichstage von schutzzöllnerischer Seite noch nicht die Initiative ergriffen worden ist, die von den Herren v. Varnbüler, Dr. Löwe, v. Kardorff, Stumm und Genossen im October 1878 durch die bekannte Erklärung der 204 ins Leben gerufene „freie volkswirthschaftliche Vereinigung" wieder zu constituiren. Da fast sämmtliche Führer fehlen, scheint von der Reconstituirung dieser schutzzöllnerischen Verbindung vorläufig Abstand genommen zu sein.

Die im bairischen Landtage stattfindenden Verhandlungen werden in Berliner parlamentarischen Kreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt; viele liberale bairische Abgeordnete glauben, daß der Rücktritt des Ministers v. Lutz binnen Kurzem erfolgen wird; es wird aber auch hervorgehoben, daß der König von Baiern ein klerikales Ministerium wohl kaum berufen dürfte. Wie registrirt das Gerücht, wonach der Cabinetschef des Königs von Baiern, Reg.-Rath v. Ziegler, eventuell als Nachfolger des Herrn v. Lutz in Aussicht genommen ist.

Wie zu erwarten stand, ist es zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn zu einem diplomatischen Conflicte gekommen. Der Wiener „Polit. Corresp." wird aus Bukarest von vollkommen verläßlicher Seite gemeldet, daß der österreichisch-ungarische Gesandte, Graf Heyos-Sprinzenstein, den Auftrag erhalten habe, sich im Hinblick auf die jüngste rumänische Thronrede bis zum Eintreffen weiterer Weisungen vorläufig jedes persönlichen Verkehrs mit der rumänischen Regierung zu enthalten und sich auf die Erledigung der laufenden Geschäfte zu beschränken. — Auch der amtliche, in Bukarest erscheinende „Romanul" theilt mit, daß Hanes von seiner Regierung angewiesen worden, bis zur Rückkehr des Grafen Kolnoky von Petersburg seine persönlichen Beziehungen zur rumänischen Regierung einzustellen und sich darauf zu beschränken, die Geschäfte der Gesandtschaft schriftlich zu leiten. Bei seiner Rückkehr aus Petersburg werde Graf Kolnoky dem österreichischen Gesandten in Bukarest neue Weisungen geben. Der „Romanul" spricht seine Verwunderung über diese Maßregel aus und sagt zum Schlusse seines Artikels: „Stark durch unser Recht, welches feierlich von Europa anerkannt ist, stark durch das Princip, welches wir mit der Vertheidigung der freien Donauschifffahrt übernommen haben, werden wir auf dem eingeschlagenen Wege verharren, überzeugt, daß unsere gerechte Sache und das Rechtsgefühl Europas schließlich die österreichische Regierung zu billigeren und freundschaftlicheren Gefühlen für uns zurückführen werden. — Aus Galatz wird der „Pol. Corresp." gemeldet, daß die europäische Commission beschlossen habe, die Berathung des Donaureglements einer außerordentlichen Sitzung vorzubehalten, welche für Anfang Januar in Aussicht genommen sei.

Die bulgarische Regierung scheint gerade keinen allzu großen Respect vor den Großmächten zu haben. Bekanntlich haben diese in Folge einer Note der Pforte in Sophia wegen der Schleifung der Donaufestungen reclamirt. Die bulgarische Regierung bezeigt nämlich wenig Lust, den Artikel 11 des Berliner Vertrages auszuführen, indem sie sich mit Geldmangel entschuldigt und behauptet, die Großmächte legten der Demolirungs-Frage gar keine Bedeutung bei. Die Bulgaren wollen die Donaufestungen nicht demoliren, sonst würden sie nicht so ungeschickte Ausreden gebrauchen. Wenn es der bulgarischen Regierung Ernst wäre mit der Demolirung, so würde sie dieselbe auch ohne Geld durchführen können. Sie müßte nur jedem bulgarischen Staatsbürger oder irgend einem Unternehmer den unentgeltlichen Bezug der Baumaterialien, aus welchen die Befestigungen bestehen, bewilligen, und die Forts würden binnen Jahresfrist vom Erdboden verschwinden.

Der französische Ministerpräsident hat nicht ohne Glück über die Tunis-Angelegenheit in der Kammer gesprochen. Dieser Triumph Gambetta's findet seine Ergänzung in der lebenden Zustimmung der gesammten republikanischen Presse. Der Eindruck der Rede Gambetta's ist unbestreitbar ein großer und durchweg befriedigender, zumal übrigens derselbe wirklich staatsmännisch und patriotisch sprach. Die von Gambetta dahin charakterisirte tunesische Politik Frankreichs: „weder Annexion noch Verlassen von Tunis", somit ein Protectorat Frankreichs in genauer Ausführung des Vertrages vom Bardo unter möglichster Beschränkung der daraus für Frankreich erwachsenden militairischen und finanziellen Lasten, kann nur um so mehr Billigung finden, als Gambetta auch dabei die civilisatorische Aufgabe Frankreichs in Afrika betonte. Die erhaltene ungeheure Majorität in der Kammer war der verdiente Erfolg der ebenso offen patriotischen, wie etwaige Empfindlichkeiten des Auslandes mit staatsmännischer Vorsicht schonenden Sprache Gambetta's, der sein Ministerium auf das glücklichste einführte und parlamentarisch befestigte. Im Senat beabsichtigen der Herzog von Broglie und Jules Simon bei Berathung dieser Nachtragscredite für Tunis die Frage der durch jene Expedition geschaffenen Beziehungen Frankreichs mit den übrigen Mächten vornehmlich hervorzuheben. Man versichert in politischen Kreisen, daß Gambetta nicht verfehlen werde, dies zu einer besonderen Klarstellung des allgemeinen friedlichen Charakters der auswärtigen Politik Frankreichs zu benutzen. — Die „Post" meldet noch aus Paris:

Nachträglich erfährt man einiges Nähere über den Ursprung der von der Zeitung „Paris" zu Tage geförderten Sensations-Nachricht über die angebliche geheime Mission des Grafen Herbert von Bismarck. Der neue Conseil-Präsident der französischen Republik soll von sehr jungen unerfahrenen Leuten umgeben sein, die in ihrer gegenwärtigen Rolle als ministerielle Secretaire ihre jüngste Vergangenheit, da sie noch Journalisten waren, nicht völlig vergessen können und noch jetzt Neuigkeiten zu erhaschen suchen, darüber in Conversation Betrachtungen anstellen und Schlußfolgerungen daraus ziehen. Wie glücklich oder unglücklich die letzteren nun immer ausfallen mögen — sicher ist, daß dieselben nicht oder weniger bald ihren Weg in die Pariser Blätter finden. — Falls Herr Gambetta nicht Disciplin in seinen Hofstaat bringt, so ist vorauszusehen, daß sich solche Erscheinungen, wie die erwähnte Veröffentlichung jenes in Paris fabricirten Telegramms aus London noch öfters wiederholen werden.

Ein englisches, über die Lage in Afghanistan veröffentlichtes Blaubuch theilt diplomatische Schriftstücke mit, welche Abdurrahman, den Besieger Ejub Khans, als vollständig dem Einflusse Englands verfallen darstellen. Ferner wird aus Calcutta gemeldet, daß Emir Abdurrahman noch immer in seinem Lager außerhalb Kandahar weile, aber Transportmittel für einen baldigen Marsch ansammle. Ueber seine Absichten sind verschiedene Gerüchte im Umlauf. Das Glaubwürdigste ist, daß er sich danach sehnt, nach Kabul zurückzukehren und bald die Reise nach seiner Hauptstadt antreten werde. Einem anderen Gerüchte zufolge hat er einen Theil seines Harems von Kabul nach Herat gesendet und wird den Winter in letztgenannter Stadt zubringen. Vor Kurzem kam eine große Karavane von Herat in Kandahar an, und es scheint der Handel zwischen den zwei Städten wieder im Aufschwung begriffen zu sein.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 5. December. Vor dem Reichsgericht wird heute, Montag, wie schon früher angedeutet worden, abermals ein Hochverrathsproceß verhandelt, bei dem aber nur ein einziger Angeklagter, ein in Bockenheim bei Frankfurt a. M. wohnhaft gewesener, aus Berlin ausgewiesener Schneider zur Aburtheilung gelangt. Den Gerichtshof bilden auch in diesem Falle die Mitglieder zweier Strafsenate, doch wird der Proceß, da die Sache, wie wir hören, ziemlich einfach liegt, jedenfalls nicht länger als einen Tag beanspruchen. Die Verhandlungen finden in einem der gewöhnlichen Sitzungssäle des Reichsgerichtsgebäudes statt und als Vertheidiger des Angeklagten fungirt der Rechtsanwalt Justizrath Mecke.

* Leipzig, 4. December. Die zu Anfang October d. J. begonnenen Ausführungsarbeiten für die hiesige allgemeine Fernsprech-Anlage haben bei der außergewöhnlichen Gunst der Witterungsverhältnisse erhebliche Fortschritte gemacht. Der größte Theil der für die zur Zeit auszuführenden Verbindungen erforderlichen Stützpuncte ist, Dank dem Entgegenkommen von Behörden und Privaten, zur Aufstellung gelangt, der zur Einführung der Leitungen in die Fernsprech-Vermittelungsanstalt dienende thurmartige Aufbau auf dem am Grimmaischen Steinweg gelegenen Flügel des Posthauses am Augustusplatz geht seiner Vollendung entgegen, und die Herstellung der Drahtleitung, soweit solche nicht bereits ausgeführt ist, wird demnächst in Angriff genommen werden. Es ist zu hoffen, daß die gemeinnützige Anlage wenigstens zum Theil noch im Laufe dieses Jahres dem Betrieb übergeben werden kann.

* Leipzig, 4. December. Mit Bezug auf den in einem „Eingesandt" in der zweiten Beilage der Nr. 333 dieses Blattes enthaltenen Wunsch nach Herstellung einer Fernsprech-Verbindung zwischen der Fernsprech-Vermittelungsanstalt und dem Haupttelegraphenamte, geht uns von unterrichteter Seite folgende Mittheilung zu: Nach den Bedingungen für die Theilnahme an der allgemeinen Fernsprech-Einrichtung ist es jedem dieser Theilnehmer gestattet, Nachrichten, welche Derselbe durch Post, Eilboten oder mittels des Telephon weiter befördert zu haben wünscht, der Fernsprech-Vermittelungsanstalt mittels Fernsprechers zu dictiren. Die telegraphisch weiter zu befördernden Nachrichten werden nach ihrer Aufnahme seitens des Vermittelungsamts der in demselben Grundstück wie dieses befindlichen, mit dem Postamte I vereinigten Telegraphenanstalt übergeben und von dieser in derselben Weise wie jedes andere daselbst zur Aufgabe gelangende Telegramm weiter befördert werden. Einer besonderen Verbindung zwischen der Fernsprech-Vermittelungsanstalt und dem Haupttelegraphenamte zum Zwecke der Uebermittelung mittels Telegraphens weiter zu befördernder Nachrichten bedarf es demnach nicht. Die Zuführung der für die Theilnehmer an der allgemeinen Fernsprech-Einrichtung am Orte eingehenden Telegramme an die Empfänger mittels Fernsprechers ist gegenwärtig noch nicht als zulässig bezeichnet worden, zu diesem Zwecke etwa erforderliche Einrichtungen können demgemäß auch nicht in Frage kommen.

— Um Abwechslung in das Wochenrepertoire zu bringen, hat die Direction des Carola-Theaters während der Vorbereitungen zu der Sensationsposse „Der Mann im Monde" und der neuen Operette „Das Spitzentuch der Königin" eine neue, mit vielem Beifall aufgenommene Bearbeitung der Posse „Unruhige Zeiten oder Lize's Memoiren" neu studirt, welche, in den Hauptrollen mit Frl. Lauber und Herrn Präger besetzt, am Montag in Scene gehen wird.

—o. In Leipzig sind wohl keine öffentlichen Sammlungen beengter, nachtheiliger und durch Feuersgefahr bedrohter aufgestellt als die des Völkermuseums und die des Vereins für die Geschichte Leipzigs. Das alte, leichtgebaute Haus, in dem sie untergebracht sind, ist mit Gegenständen überfüllt und ein trotz aller Maßregeln eindringender feiner Straßenstaub muß fortwährend beseitigt werden. Für das Völkermuseum und ebenso für das Kunstgewerbemuseum wird nächstens ein sicherer und würdiger Verwahrungsort durch Erbauung des „Grassi'schen Museums" erstehen. Wenn aber in der betreffenden Anzeige die „Sammlungen des Vereins für die Geschichte" unerwähnt blieben, so darf man wohl hoffen, daß damit nicht ausgedrückt sein soll, sie, die seit vierzehn Jahren mit Mühen und Opfern zusammengebrachten Erinnerungszeichen einer vielhundertjährigen Vergangenheit unserer Stadt und ihrer nächsten Umgebung, würden bei der Verwendung des neuen Gebäudes ohne Berücksichtigung und auch ferner in ihre bisherigen unpraktischen Räumlichkeiten verwiesen bleiben.

— Ein Meisterstück der Meerschaum-Schnitzerei, eine Cigarren-Spitze von seltener Größe und kunstvollster Arbeit, Kaiser Wilhelm, den Kronprinz und Fürst Bismarck zu Pferde darstellend, wurde soeben im Atelier des Herrn Arthur Schneider fertiggestellt und zur Ausstellung gebracht.

— Am Freitag Abend hielt der Leipziger Geflügelzüchter-Verein seine außerordentliche, vom Gesammtvorstand des Vereins einberufene Generalversammlung ab. Es wurde einstimmig beschlossen, das Vereinslocal nach dem Tivoli